

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 63 (1984)  
**Heft:** 1

**Rubrik:** So hat die Arbeiterpresse reagiert

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

stehen würde? Die Zauberformel jedenfalls wäre gewahrt. Der ausserordentliche SPS-Parteitag wird sich deshalb nicht lange mit der Frage befassen müssen, ob «eine ständige systematische Opposition dem Selbstmord gleichkomme» (alt Bundesrat Hans-Peter Tschudi). Vielmehr gilt es zu klären, wie die Regierungsverantwortung möglichst bald wieder übernommen werden kann.

### Die sogenannte Erpressung

Helmut Hubacher, von bürgerlicher Seite auch als SPS-Präsident zum Abschluss freigegeben, habe die Koalitionspartner im Bundesrat durch ein Interview im «Tages-Anzeiger» bedroht, erpresst und unter Druck gesetzt. Das glauben mittlerweile sogar Genossen. Deshalb erscheint es sinnvoll, den inkriminierten Passus aus dem «Tages-Anzeiger» vom 19. November 1983 wörtlich zu zitieren:

«Wenn jemand aus unseren Reihen gewählt werden sollte, der in unseren Parteigremien (Vorwahlverfahren in Geschäftsleitung, Parteivorstand, Fraktion) nicht minimale oder gar keine Stimmen gemacht hat oder gar nicht zur Diskussion stand, dann gibt es in nächster Kürze einen ausserordentlichen Parteitag. Und dessen Ergebnis wäre dann klar.

Die Bürgerlichen müssen sich ganz genau überlegen, welchen Weg sie einschlagen möchten: ob sie an unserer Mitarbeit in der Regierung festhalten wollen oder nicht. Ich selber bin ein Anhänger der Regierungsmitarbeit — aber nicht um jeden Preis.»

# So hat die Arbeiterpresse reagiert

## Thurgauer AZ

*Nein, wir gratulieren nicht!*

Nein, auch wenn es gegen die «guten politischen Sitten» ist, wir gratulieren Otto Stich nicht zu seiner Wahl als Bundesrat. Wir fanden die Zeit für eine Frau, für eine kompetente Frau im Bundesrat sei überreif. Und Lilian Uchtenhagen wäre genau diese Frau gewesen. Und da hätte es auch einem SP-Mann ganz gut angestanden, von vornherein zu erklären, dass er für eine Wahl nicht zur Verfügung stehe. Leere Phrasen von «auch ich bin für die Frauen» bis hin zu «die Zeit ist halt noch nicht reif», haben wir genug gehört. Das bleibt leeres Stroh, auch wenn es noch so oft gedroschen wird.

Wenn es um persönliche Karrieren geht, dann mag kaum einer zurückstehen. Denn wenn wir ehrlich sind: nicht nur die Bürgerlichen sind an der Nichtwahl Lilian Uchtenhagens schuld. Ebenso schuld sind die Genossen, die eben furchtbar gern selbst Bundesrat werden wollten — und nun (wenigstens einer davon) ihren Traum erfüllt sehen. Die Frage, welche Konsequenzen die SP daraus ziehen soll, dass sie keinen Einfluss darauf hat, wer «ihr» Bundesrat wird, ist noch nicht beantwortet.

Klar ist, dass die SP nie einen bürgerlichen Bundesrats-Kandidaten zu Fall bringen kann, die Bürgerlichen aber immer die Kandidaten der SP, wenn diese ihnen nicht in den Kram passen.

Wie aber will eine SP glaubhaft ihre Politik in der Regierung vertreten, wenn nicht die in die

Regierung kommen, die diese Politik auch wirklich glaubhaft vertreten wollen?

Im Zusammenhang mit dem neuen Parteiprogramm war auch danach gefragt worden, wie man's denn mit der Regierungsbeteiligung halten wolle. Die überwältigende Mehrheit der Sektionen wollten in der Regierung bleiben, weiterhin an der Macht teilhaben. Aber vielleicht sollte man sich doch einmal fragen, ob man wirklich an der Macht teilhat oder ob man sich nicht nur als Alibi missbrauchen lässt.

Schwierig wird es werden, wenn die SP begründen will, warum sie Regierungsentscheide mitträgt, die ihren eigenen Zielen völlig entgegenlaufen, z.B. wenn es um den Bau des AKW's in Kaiseraugst geht, wenn es um Umweltschutz geht. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Partei.

Lieselotte Schiesser  
Enrico Berchtold

## Solothurner AZ

*Verschaukelt*

Die SP ist verschaukelt worden. Erneut hat ein Solothurner, der der SP angehört, dafür herhalten müssen, einen unliebsamen Kandidaten zu verhindern. Die Nichtwahl Lilian Uchtenhagens aber als Machtdemonstration einer Männerherrschaft abtun zu wollen, wäre falsch. Die Macht, die da demonstriert wurde, ist viel stärker. Es ist die Macht eines Bürgertums, das seinem «Partner» in der Regierung die Entscheidungskompetenz entzieht. Hätte Lilian Uch-

tenhagen die politische Position Stichs, wäre sie die erste Bundesrätin geworden (wobei das Fragezeichen bestehen bleibt, ob je eine Sozialdemokratin dies sein wird — aber wer denn sonst?).

Mit Otto Stich ist ein Politiker gewählt worden, von welchem man kaum etwas weiss, obwohl er doch sage und schreibe 20 Jahre im Nationalrat sass. Die Farblosigkeit (der Mangel an Rot) ist denn auch seine Fähig-

keit, die in erster Linie zur Wahl geführt haben dürfte. Er hat dieses Amt angestrebt und ist damit Mittel eines bürgerlichen Zwecks geworden. Während andere Sozialdemokraten, die ebenso gerne in den Bundesrat eingezogen wären, ihre Solidarität zur Partei im eigenen Verzicht ausdrückten, steigt Stich nun auf eine Stufe, die er kaum seinen Verdiensten zu verdanken hat. Dass es so weit gekommen ist, hat auch

die SP-Geschäftsleitung des Kantons Solothurn mitzuverantworten: Trotz Bedenken wurde der Dornacher als Kandidat weitergemeldet. Manch einer der 8 Ja- (gegen 7 Nein-) Stimmer wird sich heute fragen, ob er dies so gewollt hat.

Wichtigster Punkt der Diskussion ist jedoch die Frage der weitem Regierungsbeteiligung. Helmut Hubacher hat es schon vor den Wahlen angekündigt:

*Oskar Reck:*

## Parlamentarische Puppenspieler

Darüber zumindest dürften die politischen Beobachter in Bern sich einig sein: So würdelos wie diesmal ging es vor Bundesratswahlen noch niemals zu. Zwar blieben schon im vergangenen Jahrhundert mehrmals offizielle Kandidaten auf der Strecke, und es kam zu erfrischenden oder peinlichen Überraschungen. Aber das Schauspiel, das in den letzten Tagen und Nächten Mitglieder des Parlamentes boten, überschritt denn doch bei weitem das bisher Übliche. Es war schon deshalb unmöglich, eine auch nur halbwegs gesicherte Prognose zu stellen, weil es zu viele verdeckte Karten gab und das Gefeilsche in den Hinterzimmern bis zum Morgen grauen des Mittwochs anhielt.

Mit Sicherheit ist es kein Vergnügen und möglicherweise auch keine Ehre mehr, Bundesrat zu werden. Damit sei nichts gegen die Gewählten und Nichtgewählten gesagt, aber alles gegen die parlamentarischen Puppenspieler mit ihrer Fingerfertigkeit. Der verdeckte Rufmord, der im einen Falle

versucht, im andern vollzogen wurde, war für Beobachter der bundespolitischen Szene ein niederschmetterndes Erlebnis. Es gibt nichts, aber auch gar nichts zu beschönigen. Der verbreitete Unwille über die Politik als Zone der Unredlichkeit und des unerbittlichen Machtkampfes fand sich gerechtfertigt wie noch kaum je zuvor.

Wenn gesagt wird, die freie Marktwirtschaft habe ihre schlimmsten Feinde in den eigenen Reihen, ihre schamlosen Nutzniesser nämlich, bleibt beizufügen, dies gelte auch für unser demokratisches System. Es sind keineswegs die äusseren Angreifer, die uns zu schaffen machen, sondern die hauseigenen Bekämpfer einer offenen Gesellschaft. Man kann sich nun einmal nicht gleichzeitig zum liberalen Staat bekennen und dann, wenn er auf die Probe gestellt ist, ihn mit allen Mitteln der Machtpolitik unterwandern. Wenn dieses Verfahren gängig wird, stellt sich im Ernst die Frage, was es denn eigentlich zu verteidigen gäbe. Die Demokratie kann doch

unmöglich die Stätte der Scheingefechte sein.

Dieses Wahlgeschäft ist noch nicht abgeschlossen. Wir werden uns gründlich mit ihm zu befassen haben. Dabei geht es nicht einmal um das Resultat, das ja vorliegt, sondern um ein politisches Vorspiel, das jeder Beschreibung spottet. Wir sollten uns, entgegen allen Verharmlosungsversuchen, darüber Rechenschaft geben, dass uns dieses Jahrzehnt wirtschaftlich und politisch, in zunehmende Schwierigkeiten treibt. Dann wird sich weisen müssen, wie wir es im Ernstfall mit unserer Demokratie halten wollen und welchen Preis wir für eine wahrhaft offene Gesellschaft entrichten.

Es ist stickig geworden in den Berner Hinterzimmern, und das Klima, das dort herrscht, verträgt sich immer schlechter mit den öffentlichen Ansprüchen. Vermutlich werden wir bereits 1987 ein Wahljahr haben, das sich mit dem jetzigen nicht mehr vergleichen lässt. Wir befinden uns schon knapp vor der politischen Konfrontation.

Wenn die Bundesversammlung der SP wiederum einen Bundesrat wählt, der die Unterstützung der eigenen Leute nicht hat, steht die Bundesratskonkordanz, in letzter Zeit ohnehin stark belastet, in Frage.

Nun ist es soweit. Führt Stichs Wahl zum Rückzug der SP aus der Regierung? Die Diskussion darüber ist heute so aktuell wie schon lange nicht mehr. Vielleicht wurde sie sogar in den letzten Jahren zu sehr vernachlässigt. Vernachlässigt zu jenen Zeiten, als bereits auf der — weit wichtigeren — Ebene der Sachpolitik abzusehen war, dass vom früher vielleicht vorhandenen Zusammenhalt kaum mehr etwas übrig geblieben ist. Gerade die finanzpolitischen Themen, bei welchen sowohl die SP-Fraktion als auch der Finanzminister Willi Ritschard desavouiert wurden, hätten hierzu ebenso Anlass geboten wie die gestrige Wahl — dies, zumal das SP-Parteiprogramm seine Regierungsleute zu einer eindeutigen politischen Haltung verpflichtet. Eigentlich sollten also auch die von den Bürgerlichen gewählten SP-Bundesräte eine Politik machen, die der Parteimeinung entspricht.

Die Folgen eines Regierungsaustritts können nicht vorausgesehen werden. Die jetzigen Aussichten mit Bundesräten (und Konkordanz-«Partnern»), die den politischen Kurs der SP ablehnen, befriedigen aber ebenso wenig. Zumindest eine erneute Aussprache über die Regierungsbeteiligung — auch mit der Basis — drängt sich auf.

Peter Moor

## Basler AZ

Lilian

Sinnlos es zu verhehlen: Die Niederlage, welche die sozialde-

mokratische Nationalrätin Lilian Uchtenhagen gestern in der Vereinigten Bundesversammlung erlitten hat, tut vielen, vor allem vielen Frauen weh. Zorn auch mischt sich in die Enttäuschung. Diese Niederlage hat uns auf schmerzliche Weise wieder auf den Boden der Realität gebracht. Das heimliche Hoffen vor allem unzähliger sozialdemokratischer Frauen, es würde diesmal ohne Prügel für die Partei und für die Frauen im speziellen abgehen, ist zunichte gemacht worden. Die lieben dummen Illusionen sind bald vergessen, zurück bleibt eine ziemlich bittere Lehre: Man hat in diesem Land, von dieser Männer-, Macht- und Geldgesellschaft wieder einmal zuviel erwartet.

Zur Erbitterung über die Niederlage kommt der Zorn über das, was diese Politikerin in den letzten Wochen einstecken musste, von Kollegen aus den Parlamenten, von Journalisten, die wie jener von der «Weltwoche» ganz offen erklärten, dass man diese Frau «vertrampeln» müsse. Das ist der politische Stil hierzulande.

Ist Lilian Uchtenhagen vertrampelt? Sie ist nicht die eigentliche Verliererin. Verlierer sind vor der Bevölkerung jene Männer, die ihren Chauvinismus nicht zu bändigen wussten, darunter auch der neue Bundesrat Otto Stich. Das Resultat dieser Bundesratswahl ist ein weiterer Schritt zur Entpolitisierung der Bevölkerung, zur Abkehr von den traditionellen Parteien, von der Klügel-, Verbands- und Päcklipolitik, die nur verbräunte Machtpolitik ist. Darin ist kein Platz für Frauen. Verloren hat nicht Lilian Uchtenhagen, verloren hat die SPS, und ihre aktivsten Mitglieder, die Frauen, denn sie sind nicht gefragt.

Toya Maissen

## Freier Aargauer

Schmierentheater

Zweimal Theater mit Spannung gestern Mittwoch. Die Auslosung für die Fussballweltmeisterschaft mit der Schweiz im «3. Topf» hatte dabei mehr Stil als das peinliche bürgerliche Trauerspiel im Bundeshaus. Zwar haben die sonntäglich gewandeten Damen und Herren die Regeln des klassischen Dramas grob verletzt — der Meuchelmord findet dort nie im ersten Akt statt —, andererseits haben sie uns (und auch Lilian Uchtenhagen) das Spiessrutenlaufen in der zweiten oder dritten Runde erspart . . .

Dieser Ton, so meldet sich mein Berufsgewissen als Journalist, sei dem Ernst und der Würde des Tages nicht angemessen, ging es doch immerhin um eine Bundesrats-(nicht etwa: Bundesrätinnen-)wahl. Wie aber sonst soll man kommentieren, was sich die knappe absolute Mehrheit der Vereinigten Bundesversammlung gestern geleistet hat?

Für die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen, die mit 96 Stimmen immerhin ein sehr achtbares Resultat erzielt hat, lässt sich wohl damit und fast nur damit erklären, dass es eben keine Frau sein durfte. Und schon gar keine profilierte Frau. Daran ändert sich nichts, auch wenn man sich im Rückblick durchaus fragen kann, ob die SPS-Spitze immer im Interesse der Kandidatin taktiert habe. Zum einen: Lilian Uchtenhagen wäre — siehe oben — auch bei einer diskreten und zurückhaltenden Vorbereitung mit ziemlicher Sicherheit nicht gewählt worden. Wer nun SPS-Präsident Hubacher zum Sündenbock macht, deckt doch einfach die eigentlichen Sündenböcke, die hinter dieser

«Damenabfuhr» stehen und die nun für Ausreden dankbar sind.

Zum zweiten: Diesen teilweise unappetitlichen Stil der «Politik in und über die Medien» hat die SP ja nicht gewählt.

Wenigstens für einen kurzen Moment wahrte einer die Würde im Trauerspiel: Der Aussen-seiter Franz Jäger, der die selbstgerechte Versammlung daran erinnerte, dass es irgendwo ausserhalb ihrer heiligen Hallen auch noch ein «Volk» gibt. Und dass in diesem Volk eine starke Strömung für eine Frau im Bundesrat besteht — unter anderem weil das Volk ja auch — sehr im Gegensatz zur Bundesversammlung — mehrheitlich aus Frauen besteht. Dass sich der Hofnarr schliesslich mit einem Purzelbaum (dem chancenlosen Vorschlag Monique Bauer) verabschiedete, gehört wohl zu seiner Rolle . . .

Der neue SP-Bundesrat heisst also Otto Stich. Er ist Solothurner — und das ist vorderhand die einzige Gemeinsamkeit, die ihn mit seinem Vorgänger Willi Ritschard verbindet. Ritschard war vor 10 Jahren fraktionsintern ein sehr ernsthafter Anwärter, Stich rangierte diesmal unter «ferner liefen». Ritschard ging schon vor seiner Wahl eine starke menschliche Ausstrahlung voraus. Auch Otto Stichts Freunde bestreiten nicht, dass er farblos wirkt. Ob er farblos ist: Er hat nun die Chance, das Gegenteil zu beweisen.

Stich hat es, so gesehen, nicht leicht: Er muss sich bewusst sein, dass er in einem viel höheren Mass als damals Willi Ritschard sein Amt den Bürgerlichen, namentlich der FDP verdankt. Und er wird selber auch wissen, dass er als ausgesprochener Verlegenheitskandidat gewählt worden ist, nachdem die echte Alternative zu Lilian Uchtenhagen, der St. Galler Hans Schmid, durch eine Intri-

ge hinter den Kulissen ausgebootet worden ist und nachdem Bundeskanzler Buser verzichtet hat. Willi Ritschards Wahl war vor allem eine Wahl gegen den CVP-Anwärter Schürmann.

SP-Mann Stich aber ist bewusst gegen die SP gewählt worden. Willi Ritschard hat vor 10 Jahren den Weg zu seiner Partei sehr rasch nach der überraschenden Wahl gefunden. Otto Stich wird es hier schwerer haben, nach allem was passiert ist.

Und trotzdem: Ohne die sozialdemokratische Partei kann er nicht Bundesrat sein, nicht ein Mann trägt die «Zauberformel», sondern eben die SPS als ganzes. Trägt sie noch, wird man einschränken müssen, und trägt sie seit gestern mit grossen Vorbehalten. Diese Vorbehalte sind durch das zynische Bekenntnis des freisinnigen Fraktionschefs Cevey zur Zusammensetzung der Regierung, nachdem seine Truppe Lilian Uchtenhagen aus dem Hinterhalt abgesticht-elt hatte, nicht kleiner geworden: Zu Zauberformel und Regierungsbeteiligung gehört ja nicht nur das Sesselverteilen, wie es gestern auf nicht sehr würdige Weise dem ganzen Volk vorgeführt worden ist. Zur Zauberformel gehört wohl auch ein minimales gegenseitiges Vertrauen. Und dieses ist gestern weit über die SP hinaus erschüttert worden.

Wieviele Bürger/innen, die vor dem Bildschirm sassen, haben wohl ihren Apparat ausgedreht, angewidert von diesem politischen Schmierentheater, bei dem sich 246 Leute in einem halbrunden Saal als Auserwählte aufspielen. Dabei hätte gerade die Wahl von gestern die Chance geboten, dieses Glas- und Treibhaus wieder einmal ein bisschen zu lüften . . .

Peter Stöckling

## Schaffhauser AZ

### SP raus aus dem Bundesrat!

Die Bundesratswahlen sind vorbei: Statt der parteioffiziellen Kandidatin Lilian Uchtenhagen haben die Koalitions-«Partner» der SP gegen ihren Willen den Hinterbänkler Otto Stich aufgedrängt, der in der parteiinternen Ausmarchung deutlich unterlegen ist. Ob die Bürgerlichen damit die Frau oder die Person Lilian Uchtenhagen verhindern oder ob sie SP-Parteipräsident Helmut Hubacher eins auswischen wollten, weil er im Vorfeld der Wahl «zu hoch gepokert» habe, wie es in den bürgerlichen Zeitungen allenthalben so schön scheinheilig heisst, ist mir als Sozialdemokrat gleichgültig. Für mich ist das Verhalten der bürgerlichen Mehrheit der Bundesversammlung eine Provokation, die sich die SP von sogenannten «Partnern» nicht gefallen lassen darf.

Die SP muss sich deshalb die Frage der Regierungsbeteiligung jetzt ernsthaft stellen und zu diesem Zweck einen ausserordentlichen Parteitag einberufen, der über das weitere Verbleiben im Bundesrat zu entscheiden hat. Bei kühlem Abwägen aller Vor- und Nachteile ist für mich die Antwort schon jetzt klar: Nach 24 Jahren hat sich die Zauberformel überlebt. Mit einem Rückzug aus dem Bundesrat und dem Gang in die Opposition auf Bundesebene könnte die SP langfristig nur gewinnen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Als die SP vor 40 Jahren in den Bundesrat eintrat (zuerst mit Ernst Nobs) und ab 1959 mit je zwei Bundesräten, da konnten dank sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung wichtige Errungenschaften im Bereich Sozialpolitik ausgebaut bzw. geschaffen werden.

2. Im Zeichen von Rezession und Wirtschaftskrise kann die SP in einem bürgerlich dominierten Bundesrat nicht nur nicht mehr als Motor wirken, sie taugt auch, wie verschiedene Beispiele zeigen, schlecht als Bremsklotz gegen die Abbaumassnahmen der bürgerlichen Regierungs- und Parlamentsmehrheit. Die SP ist für FDP, CVP und SVP jetzt nur als Feigenblatt interessant, dessen Format sie, die «Partner», aber bitteschön selber auswählen möchten (lieber den bisher unauffälligen Otto Stich als die profiliertere Lilian Uchtenhagen).

3. Durch die Regierungsbeteiligung ist die SP seit 24 Jahren in einer Zwitterstellung gefangen (sehr angenehm für die «Partner»). Sie muss einerseits die Politik der bürgerlichen Mehrheit mittragen und kann andererseits nicht glaubwürdig Opposition spielen. Seit 1959 ist darum ein grosses Oppositionspotential in unserer Bevölkerung gebunden. Es liegt brach und wird durch die kleinen Oppositionsparteien offensichtlich nicht aufgefangen. Die Abwesenheit einer grossen, glaubwürdigen Opposition, mit der sich breite Schichten der Bevölkerung identifizieren können, hat inzwischen zu einer der grössten Krisen unseres Staates geführt — der stille Protest in Form von Nichtmitmachen, die Stimmabstinz.

4. Seit 24 Jahren steckt die SP in einem Bündnis mit unnatürlichen Partnern. Lange Jahre konnte diese Unnatürlichkeit überdeckt werden, weil auch die «Partner» sich um echte Kompromisse bemühten. Seit FDP, CVP und SVP immer mehr nach rechts abdriften und Politiker wie Rudolf Friedrich in die Landesregierung schicken, demonstrieren sie klar, dass sie am Weiterbestehen der Koalition und dem Ausgleich

mit der SP nicht interessiert sind.

5. Die SP sollte sich deshalb bewusst werden, dass sie zu neuen Ufern aufbrechen muss und sich nicht für ewige Zeiten auf FDP, CVP und SVP fixieren darf. Politiker wie Franz Jäger (LdU), Ruth Mascarin (Poch), Monique Bauer (Lib.) stehen uns näher als Christoph Blocher (SVP) oder Ernst Cincera (FDP), mit denen wir im selben Zauberformel-Boot sitzen. Mit den Blochers und Cinceras lassen sich aber die Probleme der Zukunft nicht lösen, es geht bestenfalls im bisherigen Tramp weiter.

6. Die SP sollte darum in der Opposition die Initiative für die Schaffung einer neuen Mehrheit übernehmen. Die Partner dazu sind vorhanden. Die Sozialdemokraten würden damit die verkrusteten Formen unseres politischen Systems aufbrechen und könnten 1987 mit einer wirklichen Alternative glaubwürdiger vor den Wähler treten, als sie das in den letzten 24 Jahren getan haben. Der Tritt in den Hintern, den die Sozialdemokraten mit der Nichtwahl Lilian Uchtenhagen entgegennehmen mussten, hätte damit langfristig nicht nur positive Auswirkungen für die Partei, sondern auch für unsere reichlich festgefahrene Demokratie.

Bernhard Ott

## Berner Tagwacht

### *Krokodilstränen*

Im Vorfeld der Bundesratsersatzwahlen lag die «Neue Zürcher Zeitung» in der vordersten «Anti-Uchtenhagen-Front». Zwar wurde die Kandidatin der Sozialdemokraten nie direkt zerfetzt, es hiess nie: Sie ist nicht belastbar, sondern immer wurden «andere Meinungen» kolportiert, also: Sie sei . . .

Nach gehabter Schlacht gibt sich die «NZZ» geradezu rührend: Da ist folgendes zu lesen: «Dass die offizielle SP-Kandidatin auf ausgezeichnete 96 Stimmen kam, erhärtet die Vermutung, dass Lilian Uchtenhagen eine reelle Chance hatte, gewählt zu werden . . . Der abrupte Stimmungsumschwung im Verlauf des Dienstag abends bildete aber bloss den für die SP fatalen Höhepunkt einer bereits im Ansatz verunglückten Wahlkampagne für Frau Uchtenhagen. Diese bewies in ihrer Niederlage Grösse und strafte jene Lügen, die ihre Belastbarkeit in Frage gestellt hatten. Auch andere, subjektive Argumente vermochten einer rationalen Überprüfung nicht standzuhalten, doch die Erfahrung lehrt, dass die Bundesversammlung nicht nur nach sachlichen Gesichtspunkten auswählt, sondern auch Emotionales in personalpolitische Entscheidungen einfließen lässt. Ausschlaggebend war deshalb nicht, ob die angebliche Unkollegialität von Frau Uchtenhagen und andere Persönlichkeits-Handicaps der Wirklichkeit entsprachen, entscheidend war der vorherrschende Eindruck, dem die SP offensichtlich zu wenig Rechnung trug.»

Komisch, dass die «NZZ» erst im nachhinein merkt, dass Lilian Uchtenhagen belastbar ist und die subjektiven Argumente gegen sie unhaltbar waren. So billig, mit Krokodilstränen, sollte sich das vornehme Blatt nicht aus der Mitverantwortung, die sie und die Freisinnige Fraktion tragen, herausschleichen.

Richard Müller

## Schaffhauser AZ

### *Der «Fall Unterjubeln»*

Die beschämenden Vorgänge um die Bundesratswahlen wer-

fen ein grelles Licht auf die fiesen Methoden, mit denen der Bürgerblock in Bern operiert — diszipliniert wie eine Einheitspartei. Dass Tausende von Bürger(innen) sich nach diesem Schauspiel angewidert von der Politik abwenden, wird die eine Konsequenz sein. Die andere hat die sozialdemokratische Partei zu ziehen, denn der von Helmut Hubacher angezogene «Fall Unterjubeln» ist eingetreten. Der Bürgerblock hat die von der Partei eindeutig favorisierten Uchtenhagen und Schmid kaltgestellt und dafür wochenlang die intern klar unterlegenen Buser und Stich bearbeitet.

Auf den «Fall Unterjubeln» gibt es nur eine angemessene Reaktion, nämlich den von Hubacher andedrohten Sonderparteitag. Die Partei muss verhindern, dass Hubachers starke Worte sich im nachhinein als leere Drohgebärden entpuppen, die halt so zum Wahlpoker gehören. Der Sonderparteitag ist unumgänglich (und zwar nicht erst im März), weil die sozialdemokratische Partei zeigen muss, dass sie sich solches nicht länger gefallen lässt. Sie muss eine Reaktion zeigen, die dem Affront angemessen ist. Vorstandcomminiqués reichen dazu nicht aus. Die Stich-Wahl war ein Stoss ins Herz der Zauberformel, ein absichtlicher und gezielter Stoss. Der Bürgerblock will die SP nicht mehr als echten Partner in der Regierung haben, dem in der Sachpolitik immer wieder echte Zugeständnisse gemacht werden müssen. Er will die Zauberformel nur noch als Formel, als praktisches Feigenblatt. Über die Wahlprovokation hinaus ist dies der politisch entscheidende Punkt.

Hans-Jürg Fehr, Präsident der SP Stadt Schaffhausen

## Ostschweizer AZ

### Nur noch Scheidung

Es ist bekannt, dass eine Partnerschaft nicht unbedingt auf leidenschaftlicher Liebe basieren muss. Wo aber die gegenseitige Achtung verloren gegangen ist, wird ein Zusammenleben schwierig.

Das gilt auch für «politische Ehen». Wenn ein Partner den Wunsch des anderen nicht erfüllt und ihm nachher noch höhnisch unter die Nase reibt, er habe halt falsch taktiert, sonst hätte er schon das bekommen, was er sich wünschte, dann ist es wohl «aus». Und eine Partnerschaft sollte nicht einfach weitergeführt werden, nur weil man es sich so gewöhnt ist und weil die Trennung auch mit Schmerz verbunden ist.

Bei der «Berner Ehe», um die es hier geht, bei der Bundesratsbeteiligung der SP, dürfte der Schmerz allerdings gering sein. Die «Partner» haben die Sozialdemokratische Partei verschiedentlich desavouiert, eine Politik durchgesetzt, in der ich nichts Sozialdemokratisches mehr finden kann, sie haben ihr den Friedrich zugemutet und sich schliesslich noch die Saurei mit der Bundesratswahl erlaubt. Hinterher stürzten sich die sauberen Herren in die Pose der beleidigten Würdenträger: Ein Volksvertreter lasse sich halt nicht erpressen, erklärten sie in schierer Selbstzufriedenheit.

Sollen doch die Kerle selber schauen, wie sie mit den gewiss nicht geringen Problemen zu Rande kommen! Man wird ja sehen, wie das herauskommt, wenn jener Partner aus der Koalition aussteigt, der die Ideen geliefert hat, und nur noch die Bremser und Interessenvertreter bleiben. Ach, wie schön müsste es sein, gegen diese Mauschler und Verschlepper die Opposition zu machen! Gleichzeitig würde man auch ei-

nen Beitrag zur besseren Überschaubarkeit der Politik leisten. Der Ausstieg aus dem Bundesrat müsste ja nicht Trennung überall und auf ewig und Opposition in jedwelcher Sachfrage heissen. Das Ziel wäre nicht, die Schweiz unregierbar zu machen, sondern eine politische Klärung.

André Gunz

## Volksrecht

### Treibjagd

Nach der Wahl die Wahlkommentare. Enttäuschung, Empörung, Zorn und Trauer in der sozialdemokratischen Presse, eine Enttäuschung, die von sehr vielen Frauen, auch ausserhalb der SP, mitempfunden und mitgetragen wird.

Ganz anders hingegen — wen erstaunt's — der Tenor im bürgerlichen Lager: Hier versucht man nicht einmal, die unverhohlene Freude über die gegen den Willen der SP erzwungene Wahl zu überdecken.

Die Frauen werden zwar mit Zückerchen abgospiesen: Es habe sich beim Entscheid gegen Lilian Uchtenhagen nicht um ein Veto gegen eine Frau im Bundesratssessel gehandelt, ja, man hätte Lilian Uchtenhagen sogar gewählt, wenn . . .

Und nun folgt der Schmierenkomödie zweiter Teil, ein abgekartetes Spiel. Die Aussagen der bürgerlichen Fraktionsvorstände unmittelbar nach der Wahl waren zu einstimmig, um zufällig zu sein: Hätte Helmut Hubacher anders taktiert, so hätte Lilian Uchtenhagen eine Chance gehabt, heisst folgerichtig die neueste Legende, die nun in der bürgerlichen Presse breitgewalzt wird. Erfrischend ehrlich in diesem traurigen Lügengeflecht die Aussage des Baselsbieter Freissinnigen Felix Auer: «Wir haben Lilian Uchtenhagen nicht gewollt.» Punkt.

Dass man im bürgerlichen Lager dazu nicht steht, hat kaum etwas mit Zartgefühl gegenüber den Frauen zu tun, sondern gibt den Tarif an für das, was nun folgt: Die offene Treibjagd gegen SP-Parteipräsident Hubacher.

Er nun soll den Kopf hinhalten — weil im bürgerlichen Politikverständnis dieser Kopf viel zu dezidiert, zu profiliert ist. Und das liebt man nicht unter der Kuppel des Bundeshauses. Gute Sozis sind nur solche Sozis, die zuerst nach rechts schielen, bevor sie den Mund auf tun. Und wer nicht spurt, dem wird der Mund gestopft.

Drei Fliegen auf einen Schlag will die bürgerliche Mehrheit mit ihrer Dreckkampagne erledigen: Den Sozis hat man den Trumpf der ersten Frau im Bundesrat bereits aus der Hand geschlagen, nun soll der nicht genehme Parteipräsident abgesetzt werden — und zwar soll die SP dieses Schmutzgeschäft erst noch selbst erledigen —, und in Zukunft hätte man dann die zahme, gefügte SP. Kästner prägte den berühmten Satz, man soll nie so tief sinken, den Kakao, durch den man gezogen wird, auch noch selbst zu trinken. Die Bürgerlichen verlangen von uns nun genau das.

Ruth Michel

## Basler AZ

### *Im Stich gelassen*

Es hat den bürgerlichen Parteien alleweil genützt, wenn die Sozialdemokratische Partei in Schwierigkeiten geraten ist. Der Parteipräsident Helmut Hubacher hat es gesagt: Jeden Kandidaten kann man uns nicht unterjubeln. Genau das ist jetzt geschehen. Das Jammern über bürgerliche Wahlstrategien muss sich in Grenzen halten. Es gilt auch in den eigenen Reihen auszukehren.

Die Gremien der Partei sind mit überwältigendem Mehr hinter Lilian Uchtenhagen gestanden und haben sie mit einem glänzenden Resultat zur Kandidatin gewählt. Aber die Fraktion ging schon etwas auf Distanz.

Das Umgekehrte war bei Otto Stich der Fall, den in der Partei, selbst in der Solothurner Partei, kaum jemand kennt. Er hat bei Annahme der Wahl erklärt, er suche die Zusammenarbeit mit der Partei. Wir sind gespannt darauf. Er hat auch gesagt, dass eigentlich die Zeit für eine Frau gekommen sei. Dies ist ein Lippenbekenntnis und nicht mehr. Abgesehen davon, dass dank den Machtverhältnissen die Bürgerlichen sowieso wählen, wer ihnen passt, hätte man ihnen dies doch etwas schwerer machen können. Denn anstatt die Niederlage einer Frau jetzt zu bedauern, wäre es ein einfaches gewesen, wenn die den Bürgerlichen genehmen Kandidaten Buser, Stich, teilweise auch Schmid, erklärt hätten: Ohne uns! Das haben sie nicht getan und damit dem Bürgertum, vor allem aber den Strategien des Zürcher Freisinns die Nagelprobe erspart. Ohne die Schattenkandidaten hätten die Bürgerlichen den Beweis antreten müssen, ob sie die SP noch in der Regierung haben wollen. Jetzt wurde ihnen dieser Entscheid abgenommen.

Die SPS aber steht vor einer neuen ZerreiSSprobe. Dazu bedurfte es überhaupt nicht der jetzt so scharf kritisierten präsidentialen Äusserung.

Toya Maissen

## Winterthurer AZ

### *Tote Zauberformel*

Die Nichtwahl Lilian Uchtenhagens in den Bundesrat ist nicht «nur» eine schwere Enttäuschung für die Frauen, sondern auch für alle Männer, welche die Gleichberechtigung von

Mann und Frau längst als Selbstverständlichkeit betrachten. Auch mit einer Bundesrätin wäre es nicht getan. Gleichberechtigung ist kein zahlenmässiges Problem — es könnten je nach «politischem Angebot» selbstverständlich auch mehr Frauen im Bundesrat sitzen als Männer.

Nur — wir bedächtigen Schweizer haben es 1983 noch nicht geschafft, die eine Frau in die oberste Landesbehörde zu bringen, obwohl sich mit Lilian Uchtenhagen eine in jeder Hinsicht fähige Kandidatin zur Wahl stellte. Ihr wurde genau dies zum Vorwurf gemacht, was man bei Willi Ritschard zu Recht als Stärke bezeichnete, ihre Fähigkeit, zu ihren Gefühlen stehen zu können.

Für viele Sozialdemokraten blieb nach der demütigenden Wahl die utopische Hoffnung, dass Otto Stich im Interesse der Partei die Wahl nicht annehmen würde. Wenn die Wahlannahme menschlich auch verständlich ist und die SP-Fraktion der Vereinigten Bundesversammlung keinen Druck auf den Gewählten ausübte — für unsere Partei war es der zweite Schlag an diesem schwarzen Mittwoch. Es bleibt erwartungsgemäss beim Traum, dass man in einem Sozialdemokratenleben nur einmal einen Genossen erlebt, welcher die Grösse hat zu verzichten, wenn es der Partei dient.

Traurig stimmen aber auch die schadenfreudigen Reaktionen der bürgerlichen Presse. Wenn man sich in einer Phase der Stärke, wie sie die FDP, SVP und CVP durchlaufen, zu derartigen «Gesellschaftsspielen» hinreissen lässt, wird eine Reaktion, die auch diese Stärke abgräbt, nicht lange auf sich warten lassen. Irgendwann wird die politische Stimmung in unserem Land wieder fortschrittlicher werden. Hoffentlich verhalten wir uns dann unserem

politischen Gegner gegenüber fairer.

Am deprimierendsten für mich persönlich ist festzustellen, dass auch Sozialdemokraten, die ihre Informationen aus bürgerlichen Zeitungen beziehen, in das Geschrei gegen Helmut Hubacher einstimmen. Da werden Konsequenzen in der Parteileitung gefordert, nur weil Helmut Hubacher fairerweise formuliert hat, wie weit wir uns von unserem politischen Gegner «misshandeln» lassen. Wir dürfen uns doch nicht täuschen lassen: Lilian Uchtenhagen war den Bürgerlichen als profilierte Sozialdemokratin nicht genehm. Sie wäre auch ohne präsidiale Erklärung nicht gewählt worden. Vielleicht aber hätten wir dann auch den Bundes-

kanzlersitz verloren. Hängt die Haltung derer, die ihre Pfeile gegen Helmut Hubacher richten, davon ab, dass sie nicht zu unserer schweren Niederlage stehen können? Oder lassen wir es gar noch so weit kommen, dass wir nebst unseren SP-Bundesräten auch noch unseren Parteipräsidenten durch die bürgerlichen Parteien wählen lassen?

Der Bürgerblock hat uns gezeigt, und dies nicht zum ersten Mal, wieviel er von unserer Regierungsbeteiligung hält. Unsere Glaubwürdigkeit hängt davon ab, dass wir daraus die Konsequenzen ziehen. Der Auszug aus dem Bundesrat scheint mir im Moment richtig zu sein. Dies hätte für mich keine Auswirkung auf die Kantone

und Gemeinden, weil die Ausgangslage bei Volkswahlen völlig anders ist. Auch müsste dieser Rückzug selbstverständlich nicht ein Fernbleiben aus der Regierungsverantwortung für alle Zeiten bedeuten.

Zum jetzigen Zeitpunkt könnten wir nur gewinnen, wenn wir wieder voll zu unserer Politik stehen können, ohne durch das Kollegialitätsprinzip daran gehindert zu werden. Man denke nur an die Bundesfinanzen oder an die wichtigen Fragen im Zusammenhang mit der Umwelt und im Energiebereich. Die Bundesratswahl hat das Fass zum Überlaufen gebracht: Die Zauberformel ist tot.

Guido Weber

*Gedanken zur Regierungsbeteiligung*

## Spielregeln beachten

*Von Peter Graf*

Ist Otto Stich ein Sozialdemokrat im Bundesrat? Muss sich das neue Mitglied der Landesregierung nach einem eventuellen Austrittsentscheid des sozialdemokratischen Parteitages in eine Frau verwandeln, damit die politische Landschaft wieder erträglich wird? Beide Fragen treffen den Sachverhalt nicht, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Die Antwort auf die erste Frage ist ein unbestrittenes Ja und eine Geschlechtsumwandlung würde das Problem nicht lösen. Abgesehen davon, dass sie ein schlechter Witz ist.

Gefragt ist Gesprächsbereitschaft und Gestaltungskraft im Bereich der Institutionen und politischen Rechte, damit die Regierungsbeteiligung auch in Zukunft politisch vertretbar bleibt. Dazu sind eine Reihe

von Gemeinsamkeiten notwendig.

\*\*\*

Kein Zweifel: Die Wahl von Otto Stich hat sich nach den geltenden Spielregeln abgewickelt. Er ist von einer Mehrheit der Bundesversammlung gewählt worden. Und die Bundesversammlung hat ihr Recht wahrgenommen, eigenen personellen Vorstellungen zu einer Mehrheit zu verhelfen. Das ist nicht neu. Die Geburt der Zauberformel im Jahre 1959 war begleitet vom Signal der bürgerlichen Mehrheit, über die Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion hinwegzugehen. Wir haben von diesem Recht selber auch Gebrauch gemacht, als wir nicht Henri Schmitt und Enrico Franzoni wählten, sondern Georges-André Chevallaz und

Hans Hürlimann. Roger Bonvin war eine pure sozialdemokratische Kreation unter Führung von Genosse Charles Dellberg. Bonvin hatte bei der CVP am wenigsten Stimmen und wurde im Parlament gewählt. Fazit: die Zauberformel ist für alle Fraktionen ohne jeden Zauber, ebenso wie ohne jeden politischen Inhalt.

\*\*\*

Empfindlich auf die Probe gestellt wurde das Miteinander diesmal, weil es darum gegangen wäre, eine Frau aus der Sozialdemokratie zu wählen. Ihre Fähigkeiten waren unbestritten. Also zog man aus, um eine Schlammschlacht ohnegleichen durchzuführen. Willy Spühler hat die Unterscheidung in einem Fernsehinterview beleuchtet: Einem Mann wären persönliche Eigenschaften niemals in dieser Art und Weise öffentlich vorgehalten worden. Die Bürgerlichen mochten zudem den Sozialdemokraten die erste Frau im Bundesrat nicht gönnen. Und insbesondere nicht *diese* Frau: tüchtig, gescheit,